

Petition gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Dresden

von Dr. med. Ingrid Heimke

Ermessensspielraum bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nutzen – Freie Impfentscheidung für Angehörige der Gesundheitsberufe und der Feuerwehr

Die Verfasser und Erstunterzeichner arbeiten seit vielen Jahren im Gesundheitswesen. Mit Erschrecken sehen wir, welche entwürdigenden Lebensumstände aus der Umsetzung der bereichsbezogenen Impfpflicht folgen. Wir erleben, wie Menschen, die sich nach einer individuellen Nutzen-Risiko-Abwägung gegen eine COVID-Impfung entschieden haben, kriminalisiert werden und mit hohen Bußgeldern sowie Berufsverböten bedroht werden. Vor dem Hintergrund, dass die COVID-Impfstoffe - im Gegensatz zu herkömmlichen Impfstoffen - noch Gegenstand intensiver Forschung sind und auch keinen relevanten Fremdschutz bieten, ist diese Situation besonders ungeheuerlich.

Die aktuell für medizinische Fachkräfte völlig unberechenbare Situation in Bezug auf die eigene berufliche Tätigkeit führt in Dresden dazu, dass erfahrene Fachkräfte den Beruf verlassen und potenzieller Nachwuchs abgeschreckt wird.

Im Interesse eines respektvollen Miteinanders und einer hochwertigen medizinischen Versorgung von uns allen, sollte diese unheilvolle Entwicklung dringend gestoppt werden, weshalb wir alle Dresdnerinnen und Dresdner herzlich mit ihrer Unterschrift um Unterstützung für diese Petition bitten.

Die Unterzeichner dieser Petition bitten den Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung bei der Umsetzung der bereichsbezogenen Impfpflicht sich hinter die betroffenen Menschen zu stellen und in einen öffentlichen Dialog mit ihnen zu treten.

Wir fordern vom Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung:

- seinen Ermessensspielraum beim Umgang mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vollumfänglich zu nutzen.
- das im Grundgesetz im Artikel 2 garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit der Betroffenen angemessen zu berücksichtigen.
- alles zu tun, um die medizinische Versorgung in Dresden jederzeit und vollumfänglich, ohne

Abstriche sicherzustellen.

Wir wünschen uns vom Oberbürgermeister und vom Stadtrat einen öffentlichen Dialog zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit den Betroffenen. Dazu fordern wir:

- eine öffentliche Expertenanhörung im Stadtrat zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht.
- eine Einwohnerversammlung, in der offen und sachlich über die einrichtungsbezogene Impfpflicht diskutiert werden kann.
- eine gemeinsame öffentliche Erklärung von Stadtrat und Oberbürgermeister, welche die Menschenwürde der Angehörigen der medizinischen Berufe jetzt und in Zukunft zum Gegenstand hat.

Die Verfasser und Erstunterzeichner arbeiten seit vielen Jahren im Gesundheitswesen. Mit Erschrecken sehen wir, welche entwürdigenden Lebensumstände aus der Umsetzung der bereichsbezogenen Impfpflicht folgen. Wir erleben, wie Menschen, die sich nach einer individuellen Nutzen-Risiko-Abwägung gegen eine COVID-Impfung entschieden haben, kriminalisiert werden und mit hohen Bußgeldern sowie Berufsverboten bedroht werden. Vor dem Hintergrund, dass die COVID-Impfstoffe - im Gegensatz zu herkömmlichen Impfstoffen - noch Gegenstand intensiver Forschung sind und auch keinen relevanten Fremdschutz bieten, ist diese Situation besonders ungeheuerlich.

Die aktuell für medizinische Fachkräfte völlig unberechenbare Situation in Bezug auf die eigene berufliche Tätigkeit führt in Dresden dazu, dass erfahrene Fachkräfte den Beruf verlassen und potenzieller Nachwuchs abgeschreckt wird.

Im Interesse eines respektvollen Miteinanders und einer hochwertigen medizinischen Versorgung von uns allen, sollte diese unheilvolle Entwicklung dringend gestoppt werden, weshalb wir alle Dresdnerinnen und Dresdner herzlich mit ihrer Unterschrift um Unterstützung für diese Petition bitten.

Die Unterzeichner dieser Petition bitten den Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung bei der Umsetzung der bereichsbezogenen Impfpflicht sich hinter die betroffenen Menschen zu stellen und in einen öffentlichen Dialog mit ihnen zu treten.

Wir fordern vom Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung:

- seinen Ermessensspielraum beim Umgang mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vollumfänglich zu nutzen.
- das im Grundgesetz im Artikel 2 garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit der Betroffenen angemessen zu berücksichtigen.
- alles zu tun, um die medizinische Versorgung in Dresden jederzeit und vollumfänglich, ohne Abstriche sicherzustellen.

Wir wünschen uns vom Oberbürgermeister und vom Stadtrat einen öffentlichen Dialog zur

einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit den Betroffenen.

Dazu fordern wir:

- eine öffentliche Expertenanhörung im Stadtrat zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht.
- eine Einwohnerversammlung, in der offen und sachlich über die einrichtungsbezogene Impfpflicht diskutiert werden kann.
- eine gemeinsame öffentliche Erklärung von Stadtrat und Oberbürgermeister, welche die Menschenwürde der Angehörigen der medizinischen Berufe jetzt und in Zukunft zum Gegenstand hat.

Dr. med. Ingrid Heimke, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin

Dr. med. Philipp Conradi, Facharzt für Allgemeinmedizin

Barbara Conradi, Medizinische Fachangestellte, Lehrerin

Dorothee Dick, Kinderkrankenschwester

Dr. med. Gudrun Günzel, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin

Prof. Dr. med. Sven Hildebrandt, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Friederike Kretzschmar, Physiotherapeutin

Franziska Schuster, Sozialpädagogin/ Sozialarbeiterin (B.A.), staatlich anerkannte Logopädin

Dana Seifert, Medizinische Fachangestellte, Impfassistentin

Bisher 2068 Mitzeichnungen